

Protest vor dem Kreistag

Gegen die Finanzpolitik des Wasser- und Abwasserzweckverbandes Arnstadt protestierten gestern Mitglieder mehrerer Bürgerinitiativen vor der Arnstädter Stadthalle, in der der Kreistag beriet.

ARNSTADT (ep). In einem offenen Brief, der allen Kreistagsmitgliedern übergeben wurde, forderten die Mitglieder der im Sprecherrat zusammengefassten Bürgerinitiativen, der WAZV Arnstadt müsse seine Gebühren und Abgaben senken. Als Grund für die Forderung wurde die Rücklagenausschüttung des Verbandes an seine Mitgliedsgemeinden im vergangenen Jahr über 300 000 Euro genannt (TA berichtete). Gleichzeitig wurde kritisiert, dass die Mitgliedsgemeinden über einen Geheimbeschluss erreicht hätten, dass die rückständigen Gebühren für die Straßenentwässerung nicht nachgezahlt werden müssten. Dadurch sei dem Verband ein Schaden von etwa fünf Millionen Euro entstanden, den nun die Gebührenzahler zu tragen hätten.

Vize-Landrat Rainer Zobel, der in der Bürgerfragestunde mit diesen Zahlen konfrontiert wurde, zeigte sich überrascht. „Ich höre heute zum ersten Mal von diesem Sachverhalt“, sagte Zobel und versprach eine Klärung durch die Kommunalaufsicht. „Falls hier ein Gesetzesverstoß vorliegen sollte, muss dagegen vorgegangen werden“.

Bereits auf der letzten Sitzung des Zweckverbandes im Dezember war bekannt geworden, dass die Mitgliedsgemeinden die Gebühren für die Oberflächenentwässerung ihrer Straßen erst in voller Höhe zahlen, seit es eine Gewinnausschüttung gibt. Nach dem gestern verteilten Offenen Brief sollten die Gemeinden durch die Auszahlung „motiviert“ werden, ihrer Zahlungspflicht endlich nachzukommen.